



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
vernehmlassung@gs-vbs.admin.ch

Appenzell, ~~721~~. Mai 2026

Bundesbeschluss über die Finanzierung von Rüstungsausgaben der Armee durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 6. März 2026 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum Bundesbeschluss über die Finanzierung von Rüstungsausgaben der Armee durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft und unterstützt die Vorlage. Die veränderte sicherheitspolitische Lage in Europa macht eine langfristige Stärkung der Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit der Schweiz erforderlich. Die Standeskommission erachtet es daher als angezeigt, die hierfür notwendigen finanziellen Mittel rechtzeitig und verlässlich sicherzustellen. Der Bundesrat hat erkannt, dass das Vorhaben keinen Aufschub duldet und ein Entscheid für eine einzelne, klar benannte, und befristete Massnahme ist zu begrüssen.

Die vorgeschlagene, auf zehn Jahre befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer stellt aus Sicht der Standeskommission eine zweckmässige und transparente Finanzierungslösung dar. Die dadurch generierten Mehreinnahmen können gezielt für Massnahmen zur Stärkung der Sicherheit und Verteidigung eingesetzt werden. Der vorgesehene verschuldungsfähige Fonds ermöglicht es, grössere Rüstungsbeschaffungen finanziell besser zu steuern, notwendige Anzahlungen zu leisten und Zahlungsspitzen auszugleichen. Gleichzeitig erhöht er die finanzielle Handlungsfähigkeit des Bundesrats, um bei einer kurzfristigen Verschlechterung der geopolitischen Lage rasch zusätzliche Mittel bereitstellen zu können, ohne die verfassungsmässigen Grundsätze der Haushaltsführung zu verletzen.

Gestützt auf diese Erwägungen unterstützt die Standeskommission die Vorlage, regt aber an, die Verwendung von immerhin Fr. 3 Mrd. für den nötigen Personalaufwand der betroffenen Bundesämter genauer zu spezifizieren.

Die Standeskommission hält es für wünschenswert, dass der Bundesrat weitere Finanzierungsansätze prüft, die auf Mehreinnahmen oder einer Drittfinanzierung basieren.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:

Roman Dobler

Zur Kenntnis an:

- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)